

BERLINER RUNDSCHAU

„Berlin, die Hauptstadt des Sozialismus“

„Zahl der Schulabbrecher steigt auf breiter Front“

„Zahl der ausgefallenen Bus-Kilometer fast verdreifacht“

ZUM ÄRGERN: HALBZEIT VON ROT-ROT-GRÜN

ZUM FREUEN: JAHR DER JUBILÄEN

ZUM UNTERSTÜTZEN: EUROPAWAHL AM 26. MAI

Wussten Sie schon über Berlin, dass ...?

... 2018 von der BVG 493.000 fahrplanmäßig vorgesehene Kilometer oder 12 Erdumrundungen nicht gefahren wurden?

... die Schulabbrecherquote doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt?

... unsere Stadt mit insgesamt 168 die absolut wie prozentual meisten Drogentoten in Deutschland hat?

...der Senat die Straffreiheit für Schwarzfahrer fordert, wobei der BVG dadurch Einnahmen von 20 Millionen jährlich entgehen würden?

... die Aufklärungsquote von Straftaten bundesweit am niedrigsten ist?

... sich Rot-Rot-Grün bundesweit die meisten Staatssekretäre – Monatseinkommen 8900 Euro – leistet?

... trotz des Wohnungsmangels die Zahl der erteilten Baugenehmigungen 2018 im zweiten Jahr in Folge gesunken ist?

... die Stadt von 2016 bis 2017 um über 100.000 Menschen gewachsen ist, zugleich aber noch nicht einmal 30.000 Wohnungen neu entstanden?

... im bundesweiten Vergleich prozentual die meisten Menschen armutsgefährdet sind?

... Autofahrer durchschnittlich 154 Stunden (fast eine ganze Woche) im Stau stehen – bundesweit Spitze?

Rot-Rot-Grün: vom Winterschlaf zur Frühjahrsmüdigkeit

Liebe Leserinnen und Leser,

es scheint fast so, als hätte der deutsche Dramatiker Emanuel Geibel im 19. Jahrhundert den aktuellen rot-rot-grünen Senat vor Augen, als er schrieb: „Frühling ist die schöne Jahreszeit, in der der Winterschlaf aufhört und die Frühjahrsmüdigkeit beginnt.“

Die Regierungsmüdigkeit des Berliner Senats ist allein mit dem Wechsel der Jahreszeiten aber schon lange nicht mehr zu erklären. Sie herrscht ganzjährig und zeigt sich zum Beispiel im Umgang mit der Wohnungskrise in unserer Stadt. Gerade noch hat die zuständige Senatorin Lompscher von den Linken in der Abendschau erklärt, dass der Senat „beim Neubau gut vorankommt“. Tatsächlich aber muss der entsetzte Bürger jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die investorenfeindliche Politik in Berlin erneut zu einem Rückgang der

Baugenehmigungen um fast 10 Prozent geführt hat. Außerdem hat Rot-Rot-Grün eingestanden, dass das im Koalitionsvertrag gesteckte Ziel von 30.000 neuen Wohnungen bei den städtischen Wohnungsbaugenossenschaften deutlich verfehlt werden wird.

Auch in der Verkehrspolitik zeigt sich der fehlende Wille des Senats, sich für die Interessen aller Menschen in unserer Stadt einzusetzen. Während sich dieser Tage viele Berlinerinnen und Berliner dank frühlingshafter Temperaturen wieder auf das Rad schwingen, müssen all jene bangen, die auf ihr Auto angewiesen sind. Ab dem 1. April 2019, ein Scherz der schlechtesten Sorte, werden die meisten Diesel nicht mehr auf wichtigen Hauptverkehrsstraßen wie der Leipziger- oder der Friedrichstraße fahren dürfen. Der Senat hätte dagegen problemlos vorgehen können, wollte es aber nicht.

In dieser Ausgabe finden Sie zahlreiche weitere Daten und Fakten, die das ganze Ausmaß der Verfehlungen des Müller-Senats auf den Punkt bringen. Wir werden dieses ehrliche Zeugnis der Senatsarbeit in der Öffentlichkeit der jubelnden Halbzeitbilanz des rot-rot-grünen Senats entgegensetzen. Schließlich haben wir in den vergangenen Monaten in Partei und Fraktion mit umfangreichen Konzepten etwa zu den Themen „Wohnen“ und „Mobilität“ bewiesen, dass die Union nicht nur berechnete Kritik, sondern auch die besseren Ideen für die Zukunft unserer Hauptstadt hat.

Mit zunehmender Spannung blicken wir auch voraus auf die Europawahlen. Neben dem beginnenden Wahlkampf bleibt die anhaltende Ungewissheit über die Form des Austritts Großbritanniens aus der EU am 29. März 2019 ein wichtiges Thema, das uns gerade in Berlin sehr bewegt. Deshalb ist das Thema „Europa“ ein Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der Berliner Rundschau, die Ihnen hoffentlich eine spannende und unterhaltsame Lektüre sein wird.

Mit herzlichen Grüßen

Flora
Monika Grütters MdB
Landesvorsitzende CDU Berlin

In dieser Ausgabe ...

bringen wir anlässlich der Halbzeitbilanz von Rot-Rot-Grün, Argumente warum die F.A.Z. Berlin zur „Hauptstadt des Sozialismus“ erklärt (Seite 4-5).



Außerdem geben wir erste Mitgliederstimmen zum neuen Grundsatzprogramm wieder und laden Sie herzlich dazu ein, bei zwei Regionalkonferenzen mitzudiskutieren (Seite 6-7).



Monika Grütters beschreibt, warum wir Deutsche in diesem Jahr freudige Jubiläen begehen und wozu sie mahnen; außerdem lesen Sie, was der Brexit für Berlin bedeutet (Seite 8-9).



Auf Seite 11 beleuchten wir im Vorfeld der Wahl am 26. Mai das Thema Europa.

NEULICH IM NEWSLETTER

BLICKPUNKT BERLIN Newsletter der CDU Berlin



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter Aktuelles auf www.cdu.berlin

cdu.berlin mit neuem Design

Der eine oder andere wird die Neu-erung vielleicht schon bemerkt haben: Unsere Internetseite cdu.berlin startet mit neuen Funktionen ins neue Jahr! Die neue Optik ist nicht nur übersichtlicher, sie soll vor allem das Mitmachen erleichtern. Künftig ist die Anmeldung zu unseren Fachforen und Programmdebatten nur noch einen Mausklick entfernt.



Zahl der Woche



Um neun Prozent ist 2018 die **Zahl der Baugenehmigungen** zurückgegangen. Danke für nichts, Frau Lompscher!

Zitat der Woche

„**Lenins Erbe verwalten – oder Berlin gestalten. Die Linkspartei muss sich entscheiden!**“

CDU-Generalsekretär Stefan Evers zum Beschluss des Parteitags der Linken, die Enteignung großer Wohnungsunternehmen anzustreben.

Hallo Berlin, wir kommen mal rum

Wo klemmt es, was brennt den Berlinern unter den Nägeln? Zeit, darüber zu reden. Nach dem Motto „Nah dran - CDU-Fraktion im Kiez“ kommen wir mal auf einen Sprung vorbei und laden alle in der Nachbarschaft ein, mit unserem Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger ins Gespräch zu kommen.

Los geht's im März. So sieht das geplante Tagesprogramm aus: Nach Besuchen lokaler Initiativen und Verbände gibt es im Anschluss eine Diskussions- und Frageunde, zu der alle Anwohner eingeladen sind. Dann heißt es: kein Blatt vor dem Mund, stellen Sie die CDU auf den Prüfstand Ihrer Fragen.

Fraktionschef Dregger ist diese praktizierte Bürgernähe wichtig. „Ich will die Sorgen und Ärgernisse der Berliner vor Ort erfahren. Denn nur so wissen wir, was in unserer Stadt läuft, wo wir den Berlinern helfen können. Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen.“



Neubau statt Enteignungen

Eine linke Gruppierung fordert die Enteignung privater Wohnungsunternehmen, rot-rot-grüne Politiker spenden der sozialistischen Idee offen Applaus. „Ich hätte niemals gedacht, dass 30 Jahre nach dem Mauerfall in Berlin wieder über Enteignungen gesprochen wird.“

Wer so daherredet, will vom eigenen Versagen ablenken und leistet dem bezahlbaren Wohnen einen Bärendienst“, sagt Kai Wegner, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Berlin und baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



„Durch Enteignungen entsteht nicht eine einzige zusätzliche Wohnung. Schlimmer noch: Private Akteure, die gerne neu-

en Wohnraum schaffen möchten, machen um Berlin jetzt womöglich einen großen Bogen.“

Der Rückkauf zum Beispiel des Deutsche-Wohnen-Bestandes würde viele Milliarden Euro kosten. Für dieses Geld könnte der Senat stattdessen über seine Wohnungsbau-gesellschaften endlich dem Neubau einen Schub geben und zudem noch Belegungsrechte für Sozialwohnungen kaufen.

„Wir brauchen in Berlin einen Wohnungsmarkt mit starken sozialen Leitplanken und endlich Vorfahrt für den Neubau. Das



Kai Wegner und Minister Horst Seehofer im Gespräch über die Wohnraumoffensive der Bundesregierung

heißt: Mehr Grundstücke, mehr Baugenehmigungen und mehr fertiggestellte Wohnungen. Mietpreisbremse und Erhaltungssatzungen wirken nämlich nur nachhaltig, wenn parallel der Wohnungsbau angekurbelt wird“, so Kai Wegner.

Zum Rot-Rot-Grün-Ärgern

Burkard Dregger zur Halbzeitbilanz des Senats

Was denn, zweieinhalb Jahre Rot-Rot-Grün sind rum? Es hat sich bisher wenig getan, zu wenig. „Das spüren wir Berliner jeden Tag“, sagt CDU-Fraktionschef Burkard Dregger. „Volle Busse und Züge, zu

Warum läuft nur alles schief bei uns? Sieht so „Gutes Regieren“ aus, was SPD, Linke und Grüne versprochen haben? Unsere Schulen bekommen Quereinsteiger statt ausgebildete Lehrer,

zu viele Eltern finden keinen Kitaplatz. Der öffentliche Dienst ist völlig überlastet, dazu schlechter bezahlt als in anderen Bundesländern. Die Feuerwehr steht ohne Einsatzwagen auf dem Schlauch. Dregger ärgert das: „Statt das und viel mehr endlich in Ordnung zu bringen, verzetteln sich SPD, Linke und Grüne zunehmend mit gegenseitiger Schuldzuweisung.“ Geradezu



Als leidenschaftlicher Werber für Berlin führte CDU-Fraktionschef Burkard Dregger Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer durch die Stadt; Anlass war Palmers harte Berlin-Kritik.

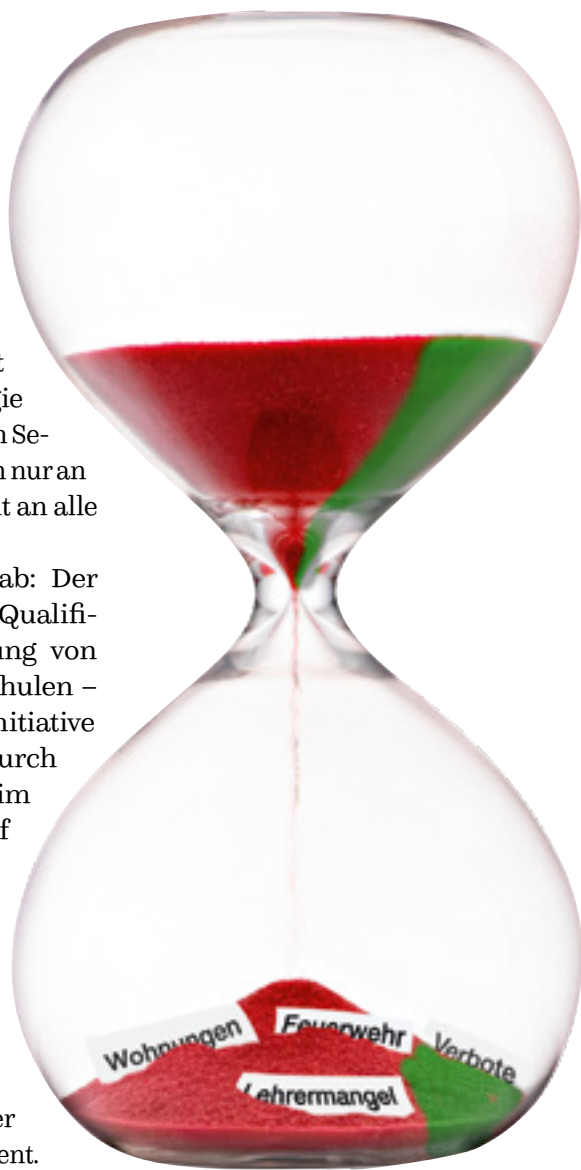
wenig bezahlbare Wohnungen, die Mieten steigen und steigen. Dann die ewige Warterei auf einen Termin im Bürger- oder Standesamt. Das nervt.“

grotesk sei es, so Dregger weiter, wenn ihre Vertreter dann auch noch bei Protesten gegen ihre falsche Politik mitmarschierten. Solidarität werde so zu Farce.

„Berlin ist und bleibt duftete, wird aber schlecht regiert“, sagt der CDU-Fraktionschef. „Als größte Oppositionsfraktion setzt die CDU auf ihre Strategie Kritik und Konzept. Doch Senat und Koalition denken nur an die eigene Klientel, nicht an alle Berliner.“

Rot-Rot-Grün blockt ab: Der CDU-Antrag für die Qualifizierung und Quotierung von Quereinsteigern an Schulen – abgelehnt. Die CDU-Initiative für faire Bezahlung durch Angleichung der Tarife im öffentlichen Dienst auf Bundesniveau – gestrichen. CDU-Vorschläge für bessere Luft mit dem „Pakt gegen Fahrverbote“ – von Rot-Rot-Grün gestoppt.

Es ist Zeit für eine politische Wende. Wir Berliner haben was Besseres verdient.



Das setzt die Union dagegen

Aktuelle Initiativen der CDU-Fraktion:



Förderprogramm zur Wohnungsmodernisierung, ohne dass das auf die Miete umgelegt wird. Das soll Berliner entlasten.

Polizeirechte stärken, mehr Videoaufklärung an Kriminalitätsschwerpunkten

Konzept erarbeiten für bessere Grundschüler-Leistungen in Mathematik und Deutsch

Aussteigerprogramm für Mitglieder krimineller Clanstrukturen.

Discounter-Parkplätze nachts für Anwohner öffnen. Damit das Suchen nicht in der zweiten Reihe oder im Fahrverbot endet.

Fahrverbote verhindern, zweifelhafte Luftmessstandorte überprüfen

Mehr Rad- und Fußgängersicherheit an Kreuzungen durch wärmegesteuerte Warnlichter (Bike-Flashes).

Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrern. Berlin ist das letzte Bundesland, das nicht verbeamtet.

Jetzt reden die Mitglieder

Die CDU auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm

Über zehn Jahre ist es her, dass die CDU im Jahre 2007 ihr letztes Grundsatzprogramm verabschiedet hat. Nun hat sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands auf den Weg gemacht, ein neues zu beschließen. „Der Weg ist das Ziel“, ein Satz, der Konfuzius zugeschrieben wird, trifft es nicht ganz, denn am Ende soll ja gerade ein großes und wichtiges Ergebnis stehen, doch diese fernöstliche Weisheit fasst trotzdem gut die Bedeutung und Wichtigkeit der Programmfindung zusammen. Es sollen nämlich alle Mitglieder und so intensiv wie möglich einbezogen werden. Was einige von ihnen vom neuen Programm erwarten,

können Sie in den Kästen auf dieser Doppelseite lesen. Mit der im letzten Jahr aufgenommenen Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm möchte die Partei als Ganzes sich alter Werte vergewissern und Antworten auf die Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Welt finden. Zur möglichst unkomplizierten und unmittelbaren Einbeziehung der CDU-Mitglieder bei der Ausarbeitung des neuen Programms reiste Annegret Kramp-Karrenbauer im vergangenen Jahr in ihrer damaligen Funktion als Generalsekretärin im ersten Schritt des dreiteiligen Ausarbeitungsprozesses

Mir ist wichtig, wie unsere Bundeswehr aufgestellt ist. Eine Fokussierung allein auf Probleme wie Beschaffung, Ausrüstung oder Personal-mangel helfen dabei nicht. So bleiben Erfolge wie etwa die Auslandseinsätze für die Friedens- und Stabilisierungsprozesse in verschiedenen Regionen der Welt außen vor. Die aktuelle Debatte über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht bzw. ein Gesellschaftsjahr sollte genutzt werden,



um über die Bundeswehr und die Wichtigkeit der Landes- und Bundesverteidigung zu diskutieren.
Lillia Usik

Was der Berliner Senat alles verschenkt – nicht abgerufene Bundesmittel

„Das Engagement des Bundes für Berlin ist bemerkenswert. Das Engagement der Berliner Landesregierung für Berlin leider nicht. Der Neptunbrunnen

Der CDU-Politiker, der für seine Partei im wichtigen Haushaltsausschuss sitzt, erklärt, dass der Brunnen extrem sanierungsbedürftig ist. Insgesamt solle die Sanierung nach vorsichtigen Schätzungen rund 5 Millionen Euro kosten. Für die Sanierung und Verlegung des Brunnens an den historischen Standort (Breite Straße / Schlossplatz) hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in 2017 insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Doch Berlin, so Klaus-Dieter Gröhler, habe davon ganz genau „nichts“ beantragt, womit die Gelder aus dem Bundeshaushalt letztlich verfallen sind. Die Kosten für eine Sanierung – so sie denn stattfinden – müssten nunmehr die Berlinerinnen und Berliner tragen. Leider sei das nicht der erste und schlimmste Fall: So habe Berlin in den vergangenen Jahren zwar Bundesmittel für den Sozialen Wohnungsbau abgerufen, jedoch jahrelang nicht eine einzige Wohnung davon errichtet.



Heute diskutiere man aber in der Stadt, über den teuren Rückkauf ehemals kommunalen Wohneigentums, die der rot-rote Senat wiederum selbst Jahre zuvor verramscht hatte.



Der Neptunbrunnen vorm Roten Rathaus fotografiert vom Fernsehturm

ist hier ein sehr gutes Beispiel“, sagt der Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Gröhler.

ses des Programms durch ganz Deutschland. So sammelte sie auf Mitgliederveranstaltungen Fragen und Anregungen der Mitglieder für das Programm. Im



Vom neuen Grundsatzprogramm erhoffe ich mir klare Antworten auf die Themen unserer Zeit - Wie können wir in der Digitalisierung aufholen? Wo muss der Staat mehr Freiräume lassen, wo muss der soziale Rahmen unserer Marktwirtschaft verstärkt werden? Und vor allem: Wie können wir unser Sozialsystem fit für die Zukunft machen, ohne gerade meiner Generation untragbare Lasten aufzubürden?
Endrik Schulze

Anschluss an diese sogenannte „Zuhör-Tour“ wurden die Beiträge der Mitglieder ausgewertet, nach Schwerpunkten geordnet und daraus 144 grundsätzliche Fragen formuliert. Diese zentralen Fra-



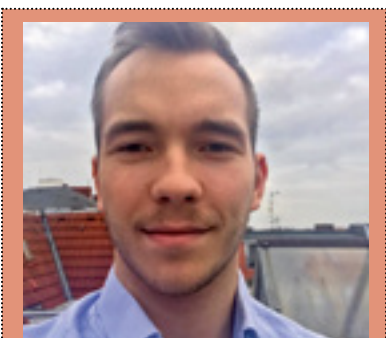
Ich erwarte: 1. Sicherheit im öffentlichen Raum und sichtbares Eintreten dafür - anders als es heute ist. 2. Größtmögliche Sicherheit für meinen Lebensunterhalt und für eine akzeptable Wohnung, wenn mein zunehmendes Alter Hilfe und Fürsorge erfordert. Keine Vermischung von Grundsicherung und Rente. 3. Unser Grundgesetz gilt für alle. Migration nur unter diesem Gesichtspunkt. 4. Weitere Stärkung der EU bei größtmöglicher nationaler Eigenständigkeit; kein EU-Schuldendienst und sichere Außengrenzen.
Heinrich Lemke

gen wurden auf dem Parteitag im Dezember vergangenen Jahres in Hamburg von den Delegierten verabschiedet.



Monika Grütters und Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Zuhör-Tour am 12. Juni 2018 im Festsaal der Berliner Stadtmission

Damit liegen nun die Voraussetzungen für den zweiten Schritt der Programmausarbeitung vor der Diskussion. Die Mitglieder

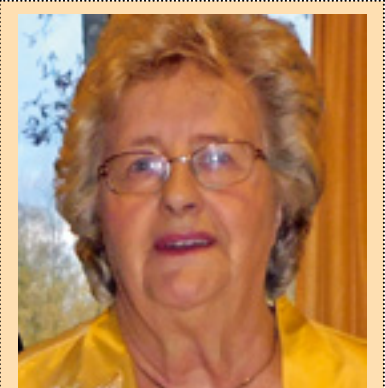


Das neue Grundsatzprogramm der CDU muss klare, unterscheidbare Positionen definieren. Wenn wir schon mit dem Kompromiss in die Debatte gehen, brauchen wir uns nicht zu wundern, warum die Menschen Protest wählen. Jeder Bürger muss wieder zweifelsfrei wissen, wofür die CDU steht.
Max Görlich

werden jetzt in den Verbänden und Vereinigungen Antworten diskutieren und jedes Mitglied hat die Möglichkeit, Antwortvorschläge zu unterbreiten. Der Berliner Landesverband wird dazu für den

11. und 18. März zwei Regional-konferenzen einberufen. Begleitend werden die Fragen unter Berücksichtigung der weitergeleiteten Mitglieder-vorschläge von den jeweiligen Bundesfach-ausschüssen

beraten. Im zweiten Halbjahr werden eingegangene Antwort-vorschläge dann in Programm-klausuren besprochen und in öffentlichen Programmdebatten mit Experten diskutiert. Ende des



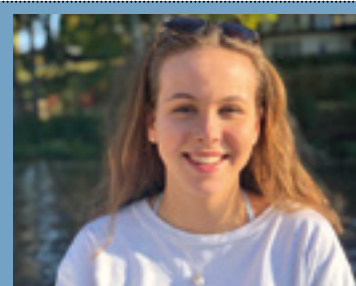
Ich erwarte von einem neuen Grundsatzprogramm der CDU die Ausgewogenheit zwischen den Generationen, indem die Erfahrungen der älteren Mitglieder mit den Ideen der Jüngeren kombiniert werden.
Jutta Schmidt

Jahres werden die Ergebnisse in einem ersten Entwurf des Grundsatzprogramms zusammengeführt.

Ich erwarte vom neuen Grundsatzprogramm unserer Union unter anderem eine klare Positionierung zu Themen wie „Innere Sicherheit“ und „Bildung“. Zudem dürfen bei aller Schnelligkeit und Fortschrittlichkeit unsere konservativen Werte nicht vergessen werden. Des Weiteren sollte auch ein Fokus auf das Themenfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ gelegt werden, welches heutzutage sowohl für Frauen als auch für Männer von großer Relevanz ist.

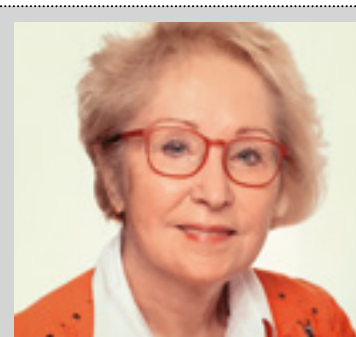


Daniela Schulz-Gast



Das neue Grundsatzprogramm sollte einerseits klären, wie wir in Zeiten des politischen Wandels eine starke Volkspartei aus allen gesellschaftlichen Gruppen bleiben und andererseits, wie wir dabei unser christliches Werteverständnis weiterhin als Grundlage und Orientierung nutzen. Ich erwarte mir außerdem Antworten, wie wir eine führende Wirtschaftsnation bleiben und das Leben nachhaltiger gestalten, um unserer Zukunft und die unserer Nachfahren nicht zu gefährden.
Anna Dillmann

der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms beraten und in sogenannten Debatten-Arenen mit Experten, Praktikern und Vertretern anderer Parteien dis-



Das neue Grundsatzprogramm ist ein Meilenstein in die Zukunft unseres Landes. Diese christlich-demokratische Politik entspricht in allen Punkten unseren Grundwerten. Die Realisierung wird ein bedeutender Schritt für uns Bürgerinnen und Bürger sein.
Bernadette Ludwig-Scholz

kutiert. Ende 2020 entscheidet dann ein Parteitag über das neue Programm.

EINLADUNG

Diskutieren Sie mit der Landesvorsitzenden Monika Grütters, dem Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger und vielen weiteren Berliner CDU-Mitgliedern die Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschland.

Regionalkonferenz Nord

Montag, 11. März 2019 um 19.00 Uhr
GLS Sprachschule, Aula
Kastanienallee 82, 10435 Berlin



Regionalkonferenz Süd

Montag, 18. März 2019 um 19.00 Uhr
Rathaus Zehlendorf, Bürgersaal
Teltower Damm 18, 14169 Berlin



Was bedeutet der Brexit für Berlin?

Auswirkungen für unsere Stadt sind vor allem in den Bereichen Handel, Wohnen und Reisen zu erwarten.

Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass die britische Wirtschaft im Falle eines harten, unkontrollierten Brexits in die Rezession schlittert. Da Großbritannien einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands ist, würde auch hierzulande der Konjunkturaufschwung gedämpft werden. Wie sieht nun die Lage speziell in Berlin aus?

400 Berliner Unternehmen unterhalten Geschäftstätigkeiten mit Großbritannien, das Ex- und Importvolumen zwischen Berlin und dem Vereinigten Königreich summierte sich im vergangenen Jahr auf rund 1,2 Milliarden Euro. Die Expertin Valentina Knezevic der Berliner Industrie und Handelskammer schließt nicht aus, dass der Brexit auch in Berlin Unternehmen in Existenzgefahr bringen könnte.

Auch der Wohnungsmarkt in Berlin wird vermutlich durch den Brexit tangiert werden. Immobilienexperten gehen davon aus, dass viele internationale Anleger in Folge des Brexits ihr Kapital vom Londoner Immobilienmarkt abziehen und in die aufstrebende Metropole Berlin investieren werden. Das dürfte die Immobilienpreise in unserer Stadt weiter treiben und damit auch

die Mieten ansteigen lassen. Und wie sieht es zukünftig mit Reisen nach Großbritannien aus? Eventuell brauchen Berliner wieder einen Reisepass oder sogar ein Visum für eine Reise auf die Insel. Die EU-Kommission bemüht sich aber um eine Regelung, entsprechend der sich EU-Bürger 90 Tage ohne Visum im Vereinigten Königreich aufhalten dürfen.



30 Jahre Mauerfall

Über 28 Jahre, vom 13. August 1961 bis zum 9. November 1989, teilte die Berliner Mauer die Stadt in zwei Hälften. Und noch im Januar 1989 tönte holprig der damalige Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben.“ Dass der „Antifaschistische Schutzwall“, wie die Berliner Mauer im SED-Propagandasprech hieß, Risse bekam und schließlich einstürzte, ist vor allem auch dem Freiheitswillen der Ostdeutschen zu verdanken.



70 Jahre Grundgesetz

Am 23. Mai 1949 wurde in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates unser Grundgesetz verkündet. Der vormalige Regierende Bürgermeister von Berlin und ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte im Hinblick auf diese Verfassung: „(Sie) ist weder Orakel noch Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen oder erneuern kann.“ Kluge Worte des CDU-Politikers und Aufforderung an alle, sich für Demokratie und Rechtsstaat einzusetzen.

100 Jahre Weimarer Nationalversammlung

Während Linksradikale in Berlin einen gewaltsamen „Aufstand gegen die Demokratie“ (E. A. Winkler) probten, nahm am 06. Februar 1919 in Weimar die Deutsche National-



versammlung als verfassungsgebendes Parlament seine Arbeit auf. Mit der im selben Jahr verabschiedeten Weimarer Reichsverfassung legte die Nationalversammlung das Fundament für die erste Demokratie auf deutschem Boden. Die Zerstörung der Republik durch rechts- und linksextreme Kräfte sowie die anschließende Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten sollten uns heute Mahnung sein.

Wir haben dieses Jahr Anlass zur Freude

Wir haben dieses Jahr Anlass zur Freude. Das Jahr 2019 bringt Deutschland und seiner Hauptstadt eine Reihe besonderer Jubiläen, die es gerade in diesen Zeiten zu würdigen lohnt.

Der Höhepunkt wird für Berlin zweifelslos der 30. Jahrestag des Falls der Mauer am 9. November sein. Doch dieser Sieg der Menschen in der damaligen DDR über ein totalitäres System wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht das Vorbild einer gefestigten und wirtschaftlich gestärkten Demokratie im Westen gegeben hätte, die mit Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 „gestartet“ war. Auch dieses Jubiläum, nur wenige Tage vor der wichtigen Europawahl am 26. Mai, wird von hervorgehobener Bedeutung sein. Ebenfalls in dieser Tradition steht das Erinnern an 100 Jahre Weimarer Republik und damit einhergehend an 100 Jahre Frauenwahlrecht.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir Deutsche in besondere Weise verpflichtet sind, uns den Abgründen unserer Geschichte zu stellen und nicht bei der Aufarbeitung zweier totalitärer Diktaturen nachlassen dürfen. Aber genau aus diesem Grund braucht es auch ein würdiges, ihrer Bedeutung für unser Selbstverständnis angemessenes Gedenken an die positiven und erhabenen Momente unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte.

Dass wir dabei noch Nachholbedarf haben, zeigen leider die Erfahrungen mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal. Glücklicherweise, ja vielleicht sogar stolz und selbstbewusst zurückschauen auf die Glanzpunkte der eigenen Geschichte, das fällt uns offenbar schwer. Ich arbeite dafür,

dass wir im Herzen der alten Berliner Mitte so bald wie möglich dieses wichtige Denkmal den Berlinern, den Deutschen und allen freiheitsliebenden Menschen, die unsere Stadt besuchen, übergeben können.

All dieses Gedenken ist kein Selbstzweck, sondern Mahnung und Aufforderung zugleich, sich gegen Ideologien zu stellen und Minderheiten sowie Freiheitsrechte zu schätzen und zu schützen.

Im rot-rot-grün regierten Berlin fragen sich aber nicht wenige, ob diese Lehren der deutschen Geschichte nicht verloren gehen. Anfang des Jahres feierte etwa die Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus das 100jährige Gründungsdatum der Deutschen Kommunistischen Partei. Mich befremdet es, wenn dabei Rosa Luxemburg mit dem Begriff der „Diktatur des Proletariats“ zitiert oder über die Idee der Einheitsfront von Linkspartei und Sozialdemokratie philosophiert wird und keine mahnende Stimme der Koalitionspartner von SPD oder Grünen zu hören ist. Noch bedenklicher sind die Taten, an denen wir diese Regierung messen sollten. Verzweifelt versucht der Senat auf die Wohnungsnot oder auch „Wohnungsängste“ der Menschen in Berlin zu antworten (Zahlen stehen an anderer Stelle der Berliner Rund-

schau). Und zwar nicht, indem er alles dafür tut, dass neuer Wohnraum geschaffen wird, sondern indem er private Wohnungsbauunternehmen an den Pranger stellt und die landeseigenen Gesellschaften private Bestände kaufen lässt. Der Millionen-, ja Milliarden teure Ankauf bereits vermieteter Wohnungen entlastet am Ende nur wenige, die bereits eine Wohnung haben, weit über 90 Prozent bekommen dadurch aber keinen neuen Vermieter und schon gar keine neugebaute Wohnung.

Das Gespenst der „Enteignung und Verstaatlichung“ geht um in Berlin. Solange es gegen „die Großen“ geht, findet man leider auch Zustimmung in der Stadt. Was würden die Menschen aber denken, wenn die Regierung feststellte, dass eine Witwe bei diesen Wohnungspreisen nun wirklich kein Haus mit Grundstück mehr bewohnen oder dass ein Auto pro Familie schon reichen müsse - sofern es denn kein älterer Diesel sei? „Aus kleinen Dingen werden große Dinge, und die Gesinnung der Menschen erkennt man auch an den kleinen Dingen“, stellte dazu Niccoló Machiavelli bereits vor 500 Jahren fest. Wehret den Anfängen, muss man heute wohl übersetzen.

Vor 100 Jahren „floh“ das neugewählte Parlament der ersten deutschen Demokratie aus dem revolutionären Berlin nach Weimar. Nach Nazi-Diktatur, Krieg und Teilung sind Deutschland und Berlin heute zum Sehnsuchtsort für viele geworden. Wir sollten diesen Umstand mit Dankbarkeit würdigen und zugleich mit Nachdruck für diese Demokratie eintreten - besonders in einem solchen Jahr der „freudigen Jubiläen“.

*Monika Grütters MdB,
Landesvorsitzende CDU Berlin*



Sicherheit und Migration in Europa – CDU mit klarer Haltung in den Wahlkampf

Die Themen Sicherheit und Migration sind für die Menschen in ganz Europa von zentraler Bedeutung. Deutschland als starker und wohlhabender Staat in der Mitte Europas ist besonders von den Migrationsbewegungen betroffen – unsere Bürger bewegen diese Themen daher in besonderem Maße.

Dr. Jan-Marco Luczak, stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, begrüßt, dass die CDU in ihrem Werkstattgespräch „Migration, Sicherheit und Integration“ weitreichende Vorschläge für eine bessere Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Migration erarbeitet hat. „Wir brauchen mehr Sicherheit und Ordnung bei der Zuwanderung.

Eine europäische und deutsche Sicherheitspolitik können wir am besten gewährleisten, wenn wir die europäischen Außengrenzen besser schützen. Dazu gehört der Ausbau der Grenzagentur

FRONTEX zu einer operativen Grenzpolizei, die auch in die Lage versetzt wird, bereits an der Außengrenze Asylansprüche, einen Flüchtlingsstatus oder andere Einreisegründe zu prüfen. Dafür brauchen wir außerdem gemeinsame europäische Standards für die Anerkennung von Asyl in Europa. Eine Situation, wie wir sie 2015 erlebt haben, darf sich nicht wiederholen. Vieles haben wir bereits erreicht, aber wenn wir die Herausforderung durch die Migration erfolgreich meistern wollen, bleibt noch einiges zu tun“, so Luczak. Dazu zähle auch die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates in Deutschland, indem beispielsweise die Ausweisung straffällig gewordener Asylbewerber erleichtert



und der Schutzstatus leichter entzogen werden könne, so der Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg.

Die CDU steht für ein Europa, das Sicherheit und Schutz bietet. Mit dieser Prämisse ziehen wir in den Europawahlkampf, in dem wir für unsere Vorstellungen von einem starken und handlungsfähigen Europa werben.



Ausgabe der Berliner Rundschau im August 2015

Werkstatt-Gespräch zur Migrationspolitik

Zwei Tage debattierten Politiker, Praktiker und Experten beim „Werkstattgespräch“ der CDU über Maßnahmen für eine bessere Ordnung und Steuerung der



Migration, für mehr Sicherheit und für eine erfolgreiche Integration. Verantwortungsvolle Politik fängt immer mit dem Betrachten der Realität an. Beim Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration unter der Leitung der CDU-Bundesvorsitzenden

Annegret Kramp-Karrenbauer wurden die Ereignisse der vergangenen vier Jahre noch einmal betrachtet und aus heutiger Sicht inhaltlich bewertet. Die rund 100 Teilnehmer waren sich einig: In der Vergangenheit konnte viel erreicht werden, jedoch bleibt immer noch viel zu tun – beginnend mit dem Schutz der EU-Außengrenzen über schnellere Verfahren und konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates bis hin zu besseren Integrationsangeboten.

„Die Ergebnisse des Werkstattgesprächs sind ein wichtiger Beitrag zu einer an unseren Grundsätzen ausgerichteten, überfälligen Neupositionierung

der Ausländer- und Asylpolitik der Union - sachorientiert und nicht von Emotion geleitet“, erklärte Dr. Robert Seegmüller, Vorsitzender des ACDJ Berlin und des Landesfachausschusses Justiz der CDU Berlin. „Jetzt geht es darum, das inhaltliche Signal, das von dem

Werkstattgespräch ausgegangen ist, zu verstetigen, zum Inhalt deutscher Regierungspolitik zu machen und zügig in konkrete politische und gesetzgeberische Maßnahmen umzusetzen. Ich bin guten Mutes, dass uns dies gelingen wird“, so Seegmüller, der am Werkstattgespräch teilnahm.

ASYLPOLITIK – WAS BISHER ERREICHT WURDE

Mit den Asylpaketen I und II hat die CDU-geführte Bundesregierung ein zeitgemäßes Asyl- und Aufenthaltsrecht geschaffen. Unter anderem wurden...

- ... Asylverfahren geordnet und beschleunigt
- ... Fehlanreize abgebaut
- ... die Möglichkeiten, diejenigen konsequent zurückzuführen, die kein Bleiberecht haben, gestärkt
- ... alle Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsländer eingestuft
- ... die Einrichtung spezieller Aufnahmezentren beschlossen
- ... der Familiennachzug eng begrenzt

Damit konnte die Zahl der ankommenden Flüchtlinge drastisch gesenkt werden.

Was macht eigentlich ... der Senator für Europa?

Ein Senator für Europa, das sagt Ihnen nichts? Seltsam, denn das ist Klaus Lederer (rechtes Bild), der auf der Liste der beliebtesten Berliner Politiker meist ziemlich weit oben steht. Weswegen eigentlich, werden Sie sich jetzt fragen. Ich meine, wegen seiner politischen Verantwortlichkeit für das Thema Europa kann es wohl nicht sein. 2016 hat die rot-rot-grüne Koalition den Bereich „Europa“ aus der Senatskanzlei, also aus der Zuständigkeit des Regierenden Bürgermeisters, herausgeschnitten und ihn in ein eigenes Ressort überführt und



Die Spitzenkandidatin der CDU Berlin, Hildegard Bentele, auf dem Nominierungsparteitag

damit zumindest formal aufgewertet. Auf dem Papier ist Senator Lederer auch für die Koordinierung der gesamten Europapolitik

des Senats zuständig. Rot-rot-grün propagiert pausenlos bei Zukunftsthemen wie bspw. dem digitalen Zugang, nachhaltiger

Energie und Verkehr, die auch europäische Ziele sind, ganz vorne dabei sein zu wollen. Wie aber sieht die Realität aus? Der „Europa“-Senator lässt sich in Brüssel nicht blicken, Fördergelder bleiben liegen, mehrere Senatsverwaltungen und die Bezirke wursteln nebeneinander her – von einer schlagkräftigen und sichtbaren Europapolitik ist nichts zu spüren. Bei wichtigen Bewerbungen für europäische Fördergelder wie für „Smart City“ fehlt ein Senatsbeschluss und damit die notwendige politische Überzeugungskraft, die im harten Wettbewerb der europäischen

Regionen notwendig ist. Für uns ist klar: Europapolitik muss in Berlin Chefsache sein und Berlin muss in Brüssel mit einer starken Stimme vertreten sein. Da der



rot-rot-grüne Senat hier ausfällt, heißt das bei der Europawahl am 26. Mai: CDU wählen!

Hildegard Bentele

Glänzend dank Europa

Er kennt seinen Bezirk wie kaum ein Zweiter und er weiß, wo die zentrale Hauptstadregion von Europa am meisten profitiert. Carsten Spallek ist seit über 20 Jahren in der Kommunalpolitik und seit zehn Jahren Bezirksstadtrat für Mitte. Jetzt tritt er für seine Partei, die CDU, zur Europawahl an. „Europa hilft uns vielfach in der Politik vor Ort“, sagt Spallek und zählt Programmnamen auf, die man meist nicht kennt, die aber wertvolle Unterstützung leisten, wie Partnerschaft-Entwicklung-Beschäftigung (PEB) im Arbeitsmarktbereich oder Lokales Soziales Kapital (LSK). Beide Programme helfen, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Carsten Spallek verweist aber besonders auf ein

weiteres und schon bekannteres Programm – die sogenannten EFRE-Mittel, welche ausgeschrieben „Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ heißen. „Das glänzendste Beispiel für europäische Unterstützung ist wohl die renovierte

und neuvergoldete Goldelse“, sagt der geborene Berliner, „fast Dreiviertel der Kosten hat Europa getragen, nämlich 3,6 von 5,1 Millionen Euro.“ Alleine, so Spallek weiter, aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhält Berlin in der

Förderperiode 2014-2020 insgesamt 635 Millionen EUR, um damit Investitionen in Forschung und Entwicklung, Strukturrelevante Gründungen, Maßnahmen zur CO 2 -Reduzierung und der Integrierten Stadtentwicklung zu fördern.



Volksbegehren Videoaufklärung – die unendliche Geschichte

In der unendlichen Geschichte um die Verschleppung des Volksbegehrens für mehr Videoaufklärung und Datenschutz schlägt der rot-rot-grüne Senat ein neues Kapitel auf. Nicht einmal die Berliner Verfassung kann ihn dabei aufhalten.

Über ein halbes Jahr hatte sich die SPD-geführte Senatsverwaltung für Inneres für die rechtliche Prüfung des 16-seitigen Gesetzesentwurfs zum Volksbegehren Videoaufklärung Zeit gelassen, um das von dem Bündnis um den CDU-Bundestagsabgeordneten und früheren Justizsenator Thomas Heilmann formulierte Gesetz dann dem Berliner Verfassungsgerichtshof vorzulegen – wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit. Eine weitere Verschleppungstaktik, wie Heilmann erklärt: „Der Senat

verweigert sich von Beginn an jeder differenzierten Diskussion. Rot-Rot-Grün ist nie auf uns zugekommen, um den Sachverhalt zu verhandeln, hat stattdessen eigene teure und am Ende erfolglose Experimente gestartet, um irgendwie den Eindruck zu erwecken, man nehme das für die Berliner so wichtige Thema Sicherheit ernst“.

Nun geht der rot-rot-grüne Senat noch einen Schritt weiter und setzt sich dabei sogar über die Berliner Verfassung hinweg. So wurde der Antrag auf Akteneinsicht im Fall des Volksbegehrens des Berliner Abgeordneten und CDU-Generalsekretärs Stefan Evers nach mehreren Wochen abgelehnt – und das, obwohl das Recht der Abgeordneten auf Akteneinsicht in Berlin Verfassungsrang hat. Evers geht ju-

ristisch dagegen vor. „Weil Innensenator Andreas Geisel nicht offenlegen will, warum das Volksbegehren für mehr Videoaufklärung in Berlin rechtswidrig sein soll, habe ich Verfassungsklage eingereicht. Ich finde es unsäglich, dass man bei diesem Senat seine Rechte als Abgeordneter erst einklagen muss!“, so Evers.

Trotz der Steine, die der rot-rot-grüne Senat dem Volksbegehren, für das bereits in der ersten Stufe über 25.000 Berlinerinnen und Berliner unterschrieben haben, in den Weg legen will, zeigt sich Heilmann zuversichtlich: „Trick-

sereien werden dem Senat nicht helfen. Die Mehrheit der Berliner möchte Videoaufklärung und wird sie auch bekommen!“.



Thomas Heilmann (rechts) und Heinz Buschkowsky bei der Übergabe der Unterschriften

„Europe united“ anstatt „America first“ und „Russia first“

Starben im Osten der Ukraine im Jahr 2017 noch 198 Soldaten und Zivilisten, waren es im vergangenen Jahr „nur noch“ 100 - aber das sind 100 zu viel! Wir sind vom Ziel eines Waffenstillstandes, geschweige denn eines Friedens weit entfernt. Seit einem Jahr ist Frank Steffel Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion u.a. für die Ukraine, zehn südafrikanische Staaten, Japan, Ost-Asien und die Iberische Halbinsel. Bei seinen ersten Besuchen in der Ukraine hat er sich auch an die Kontaktlinie im Donbass begeben. Alle Anstrengungen auf dem Weg zu einer Vermittlung zwischen den Kriegsparteien sind es wert. Die ständigen Provokationen Russlands machen es allerdings nicht leichter.



Frank Steffel besucht das Freiwilligenprojekt des ASC Göttingen in Namibia

Und nun auch die Kündigung beim INF-Vertrag zur Abrüstung

atomarer Mittelstreckenraketen seitens Russland und der USA.

Dem immer lauter werdenden „America first“, „Russia first“ oder auch „China first“ sollte Europa deshalb ein entschiedenes „Europe united“ entgegensetzen. Gemeinschaft macht stark.

Vor wenigen Wochen traf Frank Steffel in Südafrika u.a. auch den ehemaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger, De Klerk. Seine Mahnung, der Weg nach der Überwindung der Apartheid müsse entschlossen weitergegangen werden. In Namibia besuchte der Abgeordnete ein Freiwilligenprojekt eines Göttinger Sportvereins, der am Vormittag den Schul- und am Nachmittag den Freizeitsport für viele Hunderte junge Namibier unterstützt. Einfach klasse.



Großstadtkonferenz der Jungen Union in Berlin

Verkehrschaos, Wohnraumangel, Extremismus, Kriminalität – die Probleme in vielen deutschen Großstädten sind die gleichen. Mit dem Großstadtdialog haben CDU und CSU im letzten Jahr ein Arbeitsformat geschaffen, in dessen Rahmen die Unionsparteien aus den 15 größten deutschen Städten Interessen und Probleme ihrer Städte formulieren und sich über Lösungsansätze austauschen können. Auch die Junge Union Berlin möchte ihren Beitrag dazu leisten, städteübergreifende Problemlagen herauszuarbeiten und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten für diese zu finden.



Deshalb liefen im Sommer 2018 die Planungen für die erste Großstadtkonferenz der Jungen Union an. Ein gutes halbes Jahr später kamen vom 25. bis zum 27. Janu-

ar 120 Vertreter der Jungen Union aus 15 Großstadtverbänden in Berlin zusammen, um über moderne Großstadtpolitik zu debattieren. Nach dem sich eingangs die Bewerber für den künftigen Bundes-

Kommunalwahlkampf diskutierte.

Die Ergebnisse der Debatte wurden in einem Gründungsantrag zusammengefasst, der von Vertretern der Jungen Union von inzwischen 20 deutschen Städten auf dem Sonder-Deutschlandtag der Jungen Union am 16. März in Berlin zur Abstimmung gestellt wird. Somit hat das gemeinsa-

me Suchen nach Lösungen für gemeinsame Probleme bereits erste Früchte getragen. Eine Zusammenarbeit also, die sich von Anfang an gelohnt hat!



Sollten Sie regelmäßig beim Halleschen Tor im Stau stehen, kostet Sie das bis zu 28 Stunden im Jahr. Das besagt jedenfalls eine INRIX Staudstudie von mehr als 200 Städten weltweit. Deutsche Stauhauptstadt ist demnach Berlin (154 Stunden). Schlimmer geht es im Übrigen immer: Bogota ist Weltmeister mit 272 Staudstunden pro Jahr.

Sollte man gesehen haben



In 69 Sekunden wirbt das Europäische Parlament um Sie als Besucher. Anschauen und Hinfahren!



Im ZWISCHEN-RUF fasst die CDU-Fraktion die Reden im Abgeordnetenhaus der CDU zusammen.



Wer den CDU-Livestream zum Werkstatt-Gespräch „Asyl-Politik“ verpasst hat, kann hier alles nachsehen.



Frühlingsball 2019

Der Vorstand des Polizeiarbeitskreises der Berliner CDU und Hotel Steglitz International laden zum 40. großen Frühlingsball 2019 ein!

Durch das Programm führt Sie wieder der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, Dr. Robbin Juhnke.



Die Tombola (im Eintrittspreis enthalten) bietet wieder einige tolle Preise!

Samstag, den 23. März 2019.

Einlass ab 19 Uhr
Beginn: 20 Uhr, Ende: 1 Uhr

Im Hotel Steglitz International, Albrechtstr. 2, 12165 Berlin. Großer Ballsaal und Vorhalle mit Bierbar und Büfett.

Eintritt: 45,00 Euro /incl. Büfett und Tombola.

Kartenbestellung: Mittwochs von 10 – 13 Uhr in der Landesgeschäftsstelle, unter der Tel. 030/32690430 oder per Fax 030/326 90 431 und montags – freitags, in der Zeit von 9 – 18 Uhr, unter der HandyNr.: 0170 949 51 53 (Frau Diana Reinhardt).

Sie können aber auch den entsprechenden Betrag überweisen. Die Karten werden Ende Februar versandt.



Warum Enteignungen wirkungslos sind und was wirklich hilft

Berlin wächst. In den Jahren 2016/17 alleine um 101.774 Menschen. Im gleichen Zeitraum sind aber nur 29.621 Wohnungen entstanden. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsbelegungsdichte von 1,8 Personen fehlen für 48.000 Zuzügler Wohnungen. Und das bei bereits bestehender Wohnungsknappheit! Dies führt dazu, dass viele Berliner keine Wohnung mehr finden und entsprechend dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage die Mieten explodieren. Welche Folgen hätten nun Enteignungen von Wohnraum in unserer Stadt? Mangels Investitionssicherheit würde der Wohnungsbau durch private Bauträger zurückgehen. Die Stadt selbst hingegen hätte auf Grund zweistelliger Milliardenausgaben für die Enteignungsentschädigungen in den nächsten Jahren

kein Geld für den Neubau. Der Wohnungsmangel würde sich somit weiter verschärfen. Und nachfragebedingt würden so auch die Mieten weiter steigen. Außer für jene, die in einer der enteigneten Wohnungen leben. Bei knapp 2 mio. Wohnungen in Berlin handelt es sich hierbei aber selbst im Falle umfangreicher Enteignungsplänen um einen Wohnungsbestand im einstelligen Prozentbereich - alles darüber hinaus wäre auch bei massiver Verschuldung nicht zu bezahlen. Hinsichtlich der Bekämpfung von Wohnraumknappheit und Mietenexplosion wären Enteignungen somit Brandbeschleuniger statt Löschwasser.

Was hilft? An erster Stelle sollte die Neubauförderung stehen. Würde man statt in Enteignungen in spezifisch definierten Neubau investieren, würde man unmittelbar die Wohnungsknappheit und mittelbar die Mietpreise senken. Diese Neubauoffensive sollte durch einen Cocktail von mietensenkenden Maßnahmen begleitet werden.

Das ist nicht plakativ und populistisch – dafür aber verfassungskonform und wirksam!





Forenvorsitzender Matthias Brauner, Referent Pascal Mittermaier, Moderator Dr. Carsten Brückner

Besucher des Forum Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Metropolen am Scheideweg

Bis auf den letzten Platz belegt war die Veranstaltung „Metropolen am Scheideweg“ des Forums Stadtentwicklung und Wohnen in der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin. Referent war Pascal Mittermaier, Global Managing Director Cities der The Nature Conservancy (TNC), einer der größten amerikanischen Naturschutzorganisationen, mit einer Million Mitgliedern alleine in den USA. Herr Mittermaier stellte in seinem Vortrag nachhaltige Lösungsansätze für die Umweltprobleme wachsender Metropolen vor. Aufgrund des hohen Zuspruchs der Besucher ist eine Nachfolgeveranstaltung zu dem Thema geplant. Hintergrundbild: Luftaufnahme des vorbildlich umgestalteten Londoner Viertels Elephant & Castle

Reinickendorf
Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Spandau
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Mitte
Triftstraße 41, 13353 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow
Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick
Dörfpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-tk.de

Steglitz-Zehlendorf
Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Neukölln
Britzer Damm 113, 12347 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Tempelhof-Schöneberg
Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16; REDAKTIONSLEITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Benno Mächler, Oliver Cywinski, Ada Streb; Satz/Bild: Stefan Liefänder; Druckerei Vettors; BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Stock@alamy; Seite 2: D. Reitze; Seite 3: Christof Rieken, D. Reitze; Seite 4: iStock@hanohiki, iStock@Nikida, Büro Kai Wegner; Seite 5: CDU Fraktion Berlin, iStock@Photology1971, D. Reitze; Seite 6-7: wikipedia@Ajepah, Büro Klaus-Dieter Gröhler, 8x privat, Tobias Koch; Seite 8: iStock@egal, wikipedia@brandenburg_gate, D. Reitze, wikipedia@NobbiP, iStock@FilipeFrazao; Seite 9: D. Reitze; Seite 10: Büro Jan-Marco Luczak, Titel BR Mai 2015, Tobias Koch; Seite 11: 3x D. Reitze; Seite 12: Ada Streb, Büro Frank Steffel; Seite 13: D. Reitze, Max Tempelhahn; Seite 14: iStock@querbeet, Mittermaier, 2x Oliver Cywinsky; Seite 15: Grafik Liefänder mit googlemaps; Seite 16: Bundesarchiv@Bild_146-1991-039-11, Oliver Cywinski, wikipedia@Hinnerk, 2x Zeichnungen von Tom Cywinski
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

„Die Freiheit ist kein Geschenk, von dem man billig leben kann, sondern Chance und Verantwortung.“

Richard von Weizsäcker (1920 – 2015)



CDU Landesverband Berlin, Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin



Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann gehen Sie bitte auf die Seite <https://www.cdu.berlin/br-digital> oder scannen den QR-Code mit Ihrem mobilen Gerät ab.

Nach und nach soll die digitale Ausgabe zusätzlich zur gedruckten Rundschau interaktive Links, Programmbeilagen sowie auch ergänzende Audio- und Videobeiträge beinhalten. So können Sie schnell, bequem und auch unterwegs aktuelle Informationen der CDU Berlin jederzeit abrufen. Für alle Mitglieder, die dieses Abo nicht abschließen, gibt es natürlich auch weiterhin die Druckfassung der Berliner Rundschau – per Post für Mitglieder oder am CDU-Stand Ihres Vertrauens.



Mitmachen macht Freu(n)de

Die CDU besteht nicht nur aus drei Buchstaben, sondern aus tausenden von engagierten Mitgliedern. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Im Kiez und Bezirk werden



aktuelle politische Themen diskutiert und im Anschluss oft Anträge beschlossen und an die nächst höhere Ebene weitergeleitet. Wer selbst mehr Verantwortung übernehmen möchte, kann sich für Vorstands- und Delegiertenämter oder zu öffentlichen Wahlen wählen lassen.



Wer sich für bestimmte Themen interessiert, kann in einem unserer Fachforen Mitglied werden. Daneben besteht die Möglichkeit sich in zahlreichen Vereinigungen und Sonderorganisationen zu beteiligen. Werden auch Sie Teil dieser Gemeinschaft. Wir freuen uns auf Sie!

Immer häufiger wird heute digital gelesen. Auch die CDU Berlin macht ihren Mitgliedern und allen Interessierten ab sofort das Angebot, ein kostenloses Abonnement für die Berliner Rundschau

abzuschließen und mindestens viermal im Jahr die digitale interaktive Berliner Rundschau zu bekommen - und die Mitglieder helfen ihrer CDU Berlin damit sogar, Porto zu sparen.

Diskutieren Sie mit! Dicke Luft in Berlin? Dieselfahrverbote und wie weiter?

Nach dem Willen des Senats wird es auch in Berlin auf einigen Hauptstraßenabschnitten Fahrverbote (zunächst nur) für ältere Dieselfahrzeuge geben. Aber ist das eigentlich unausweichlich?

Diese und weitere Fragen werden nach Impulsvorträgen diskutiert mit:

- Hildegard Bentele (MdB), Spitzenkandidatin der Berliner CDU für die Europawahlen
- Anne Klein-Hitpass, Projektleiterin Städtische Mobilität,

Agora-Verkehrswende gGmbH

- Martin Lutz, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Oliver Friederici (MdB), Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Abgeordnetenhaus Berlin

Die Veranstaltung, zu der alle Leser herzlich eingeladen sind, findet am 1. April 2019 in der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin, Kleiststraße 23-26 statt.



Bildmontage

Einlass ab 17:00 Uhr, Beginn um 17:30 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden.

Bitte melden Sie sich telefonisch 030/326904-0 oder per eMail anmeldung@cdu.berlin an.

Anmeldungen bitte telefonisch, 326904-0, oder per eMail an anmeldung@cdu.berlin